



SPD BERLIN  
LANDESPARTEITAG 01./02.06.2018

## Antrag 179/I/2018

### Beschluss

#### Annahme

Jusos LDK

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

### Übersetzung des Grundgesetzes in alle Amtssprachen der Welt

In Deutschland leben dank der Freizügigkeit innerhalb von Europa viele Menschen aus sämtlichen Ländern der EU und aus der ganzen Welt. Deutschland wird dadurch vielfältiger und bunter. Im Austausch mit Menschen aus anderen Ländern zu stehen, gemeinsam hier zu leben und dadurch auch das soziale und kulturelle Leben in Deutschland weiterzubringen, gehört zu den großen Bereicherungen durch die Europäische Union und die zunehmende weltweite Mobilität.

Wer hier lebt, sollte die Möglichkeit haben an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens teilzuhaben. Zu dieser Teilhabe gehört es auch, dass man das Grundgesetz Deutschlands lesen und verstehen kann. Das ist deshalb wichtig, da beispielsweise die Achtung der Menschenwürde, soziale Bürger\*innenrechte und die Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie im Grundgesetz beschrieben sind. Damit sind sie allerdings nicht dauerhaft erkämpft – sie verlangen danach, gelebt zu werden.

Das Grundgesetz ist bereits in mehreren Sprachen erhältlich, beispielsweise ist es auf der SPD-Seite in elf Sprachen zu finden. Allerdings ist die bisherige Auswahl willkürlich. Es ist daher notwendig, dass es mindestens eine Anlaufstelle gibt, die das Grundgesetz in allen Amtssprachen der Welt gebündelt und barrierefrei anbietet.

Deshalb fordern wir das Grundgesetz in sämtliche Amtssprachen der Welt zu übersetzen und dabei auf geschlechtergerechte Sprache zu achten und auf der Seite der Bundeszentrale für politische Bildung kostenfrei, als digitale Ausgabe zur Verfügung zu stellen, um es somit unabhängig von ihrer Erstsprache allen hier lebenden Menschen zugänglich zu machen. Darüber hinaus sollen staatliche Institutionen wie Bürger\*innenämter ebenfalls über einen Grundbestand an, in allen europäischen Landessprachen übersetzten, Grundgesetzen verfügen und diese Bürger\*innen kostenlos zur Verfügung stellen.